

Gerl Müller

Das ehemalige Mitglied der GPK-Subkommission nimmt Stellung zu einem neuen Dokument, das die Abhängigkeit der parlamentarischen Kontrolle von der Bundesanwaltschaft belegt.



Die notwendige Distanz zur Bundesanwaltschaft hat eindeutig gefehlt: GP-Nationalrat Müller.

Ein in der Sonntagszeitung zitiertes vertrauliches Gesprächsprotokoll bestätigt, dass GPK-Präsident Glasson und Subkommissionspräsidentin Meier-Schatz ihr Vorgehen in der Affäre Blocher-Roschacher abgesprochen haben.

Mich hat überrascht, dass es ein Protokoll dieses Treffens gibt – und dass es uns nicht vorgelegt wurde.

Wie wurden darüber nicht informiert?

Das Dokument lag mir nicht vor. Die in der Presse zitierten Ausschnitte zeigen aber, dass die Bundesanwaltschaft und die GPK-Spitzen den Gang an die Öffentlichkeit planten. Das Communiqué der GPK sollte vor der Publikation der Bundesanwaltschaft vorgelegt werden. Dass wir davon nichts erfuhren, ist schwer verständlich.

Der Kernpunkt ist doch der: Die GPK als oberstes parlamentarisches Kontrollorgan hätte die Bundesanwaltschaft kontrollieren müssen, hat sich aber von ihr kontrollieren lassen.

Das ist das Unerhörte. Die nötige Distanz zur Bundesanwaltschaft hat eindeutig gefehlt.

Eine Zusammenarbeit mit der Bundesanwaltschaft fand auch statt, als man ihre Vertreter zu einer Präsentation über die Holenweger-Papiere einlud. Sie suggerierten wahrheitswidrig, Justizminister Blocher sei in ein Komplott gegen den vormaligen Bundesanwalt Roschacher involviert gewesen. Ist die GPK Teil dieser Intrige geworden?

Wir haben schon ein bisschen rote Ohren bekommen, das gebe ich zu. Aber mitgesponnen an der Intrige haben wir nicht.

Das neue Dokument belegt ein koordiniertes Vorgehen. Subkommissionspräsidentin Meier-Schatz spielte eine aktive Rolle.

Ob das Treffen mit der Bundesanwaltschaft bereits der Anfang der Intrige war, kann ich nicht beurteilen. In der Sonntagszeitung sagte Meier-Schatz zu ihrer Entschuldigung, wir hätten das Protokoll ja gar nicht verlangt.

Das klingt nach einer Ausrede. Sie wussten ja offenbar gar nicht, dass es ein solches Protokoll gab.

Hätten ich von der Vereinbarung mit der Bundesanwaltschaft gewusst – ich hätte wohl kaum zugestimmt, unser Communiqué der Bundesanwaltschaft zur Kontrolle vorzulegen.

Später sagten einzelne GPK-Mitglieder, sie seien von der Bundesanwaltschaft an der Nase herumgeführt worden. Wann haben Sie das eigentlich realisiert?

Die zur Debatte stehenden Papiere (Flipcharts und H-Plan) wurden durch ihr Auftauchen entzaubert.

Christoph Mörgeli konnte die Notizen in kürzester Zeit aufreiben.

Damit begann die geheimnisumwitterte Sache, in sich zusammenzustürzen. Eine Analyse ergab dann, dass es sich tatsächlich nur um eine Handschrift handelte. Die Papiere enthielten keinen klaren Hinweis auf ein Komplott gegen den Bundesanwalt.

Die GPK diskutierte, ob sie sich für den falschen Verdacht gegen den Justizminister entschuldigen sollte. Hat man das je getan?

Soviel ich weiss, nicht. Das wäre aber auch speziell. Man müsste sich dann nämlich auch bei einer ganzen Reihe weiterer Personen entschuldigen, auch bei Journalisten.

Ist die GPK überhaupt noch glaubwürdig?

Ein Unfall schadet immer, und das war einer. Was in unserer Kommission ablief, war nicht immer korrekt. Aber ich würde deshalb nicht die ganze Arbeit der GPK in Frage stellen.

Es entstand der Eindruck einer politisch motivierten Untersuchung.

Das ist das Betrübliche. Ich bedaure, dass politische Strategien diese unrühmliche Rolle spielten. Unsere Arbeit wurde durch den Wahlkampf beeinträchtigt.

Willkürlich scheint auch der Umgang mit den zahlreichen Indiskretionen. Man will allein gegen SVP-Präsident Brunner vorgehen.

Dass er der Einzige ist, der gepfiffen hat, kann man wohl kaum behaupten. Meine Parteipräsidentin [Ruth Genner, Anm. der Red.] sagte mir einmal: «Gopfertelt, bin ich eigentlich die Einzige, die nichts weiss?»

Die anderen Präsidenten wurden offenbar laufend informiert.

Die Fragen stellte Philipp Gut.